

Ulrich Schachtschneider

Linkes Forum

Postwachstumspolitiken - „Versuch über die Befreiung“ heute

- 1) Neue Sensibilität ist nach Marcuse die Bewegung, „in der die Abschaffung von Armut und Elend Wirklichkeit wird und das Sinnliche, das Spielerische, die Muße Existenzformen und damit Formen der Gesellschaft selbst werden“. Kurz: Die fortgeschrittenen Produktivkräfte ermöglichen mehr kreative Freiheit jenseits des Reichs der Notwendigkeit.
- 2) Dieselbe Möglichkeit zeigte schon die Marx'sche Vision einer freien Tätigkeitsgesellschaft: "Sowie nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muss es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will - während in der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden."
- 3) Die heutige Bewegung zur Befreiung aus entfremdeter Arbeit bzw. für eine freie Tätigkeitsgesellschaft ist die Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Es kann in Anknüpfung an Marcuse, aber auch an Marx begründet werden: Ein Grundeinkommen und damit die Befreiung (oder zumindest starke Reduktion) vom Zwang zur Annahme eigentlich nicht gewollter Erwerbsarbeit ist in den fortgeschrittenen Industrieländern auf der Basis des gesellschaftlichen Reichtums erstmals historisch möglich. Ein dadurch entstehender gewisser Rückgang der Produktion wäre durchaus verkraftbar, bzw. sogar wünschenswert aus einer Degrowth-Perspektive. Das BGE ist das materielle Gerüst für die Hinwendung zu mehr Sinnlichem, Muße, Spielerischem, für das Ausleben können neuer Sensibilität. Deswegen wird es auch eher von Kreativen, Künstlern, aber auch den sensibleren Teilen der Erwerbstätigen, die für die Suche nach Auswegen aus dem Produktivismus-Konsumismus-Hamsterrad offen sind und die sich Menschen und ihre Praktiken auch verändert vorstellen können. Die Zustimmung zum BGE sinkt bei Befragten mit einem askriptiven Menschenbild.
- 4) Eine Gesellschaft mit BGE wäre aufgrund der erweiterten Freiheit für den Einzelnen näher an der Marx'schen Vision einer Gesellschaft, "die die allgemeine Produktion organisiert" und jeder sich deswegen „in jedem beliebigen Zweige“ ausbilden kann, als es die Zentralverwaltungswirtschaften altkommunistischen Typs je waren und auch nicht hätten sein können, wenn sie versucht hätten, alles Produzieren und Konsumieren - als Common begreifend – permanent basisdemokratisch auszudiskutieren. In einer modernen Gesellschaft, die durch ihre Pluralität gekennzeichnet ist, müssen auch die Verfügungsrechte über die Mittel der Produktion den unterschiedlichsten und wechselnden, Präferenzen der vielen Einzelnen Rechnung tragen – eine generelle Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ergibt sich daraus nicht (auch nicht bei Marcuse). Sie ist auch

nicht nötig, solange die politische Gestaltung der Ökonomie ein gastliches Umfeld liefern kann für das, was kulturübergreifend unter einem guten Leben verstanden wird: Sicherheit gegen Unbillen des Lebens, individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, soziale Anerkennung, Gesundheit, Muße, nicht-instrumentelle Beziehungen, lebenswerte natürliche Umwelt: All diese postmateriellen „Basis-Güter“ (Skidelsky/Skidelsky) sind in unregulierten Marktökonomien nicht oder nur kaum zu verwirklichen, es braucht eine „Sozialpolitik für Basisgüter als „gastliches Umfeld“ zur Realisation dieser postmateriell-sensitiven Orientierungen. Ein BGE ist dafür eine zentrale, wenn auch nicht die einzige Reform.

- 5) Die Ausdehnung (der Grad) des Kapitalismus wäre den Subjekten unterworfen, wenn durch ein BGE Kontrakte auf Augenhöhe eingegangen werden könnten.. Commons, die vor allem der zeitintensiven (basis-)demokratischen Selbstverwaltung bedürfen, können sich besser herausbilden auf der Basis neuen Zeitwohlstands. Allerdings wird sich erst ex post zeigen, wieviel der durch etwa ein BGE enorm erhöhten gesellschaftlichen Summe von individueller disposable time für Erwerbsarbeit, für (individuelle und gemeinschaftliche) Subsistenzarbeit oder aber zur Organisation von Commons eingesetzt werden wird. Entscheidend ist die wirklich freie Wahl der Sozialformen der Arbeit, wovon Erwerbsarbeit dann nur eine unter mehreren wäre. Zugespitzt formuliert: Die Ausdehnung (der Grad) des Kapitalismus wäre den Subjekten unterworfen, wenn durch ein BGE Kontrakte auf Augenhöhe eingegangen werden könnten.
- 6) Welche konkreten Forderungen im Sinne eines nicht reformistischen Reformismus (Andre Gorz) können diese kraftspendende Vision von der Befreiung entfremdeter Arbeit und der Entwicklung eines guten Lebens zu einer *konkreten* Utopie machen, für die im Hier und Jetzt erste Schritte erkämpft werden können und die damit Eingang in das politische Feld findet?
Ein steuerfinanziertes repressionsfreies ALG II auf europäischer Ebene (siehe LiFo-Thesen) ist ein solcher erster Schritt. Eine breitere politische Koalition dafür ist aufgrund der aktuellen historischen politischen Situation möglich, und zwar mit den proeuropäischen Kräften, die sich bewusst werden, dass Europa ohne eine neue soziale Idee nicht gegen die erstarkten Reaktionäre zu retten sein wird. Dieser Schritt zu mehr materieller Basis-Gleichheit in Europa würde von den wohlhabenderen Europäern bezahlt werden. Sie bekämen dafür aber eine Stärkung der Idee und Praxis eines postnationalen Europas.
Es wäre aber auch ein Angebot an diejenigen, die nicht reaktionär sind, zunehmende innereuropäische Migration in eine Richtung aber problematisch sehen: Ein europäisches ALG II ermöglicht eine Bleibeperspektive im ärmeren Süden und verändert so den Charakter von Migration: Sie wird weniger aus rein ökonomischen Motiven und weniger nur in einer Richtung stattfinden (siehe LiFo-Thesen). Auch für Menschen aus dem Norden eröffnet es Möglichkeiten, in den Süden zu migrieren und so europaweite Freizügigkeit zu erfahren und wertzuschätzen.
- 7) Ein repressionsfreies ALG II erweitert den Raum für ein Leben mit mehr selbstbestimmt nicht-monetären Tätigkeiten, für ein Ausprobieren neuer Sensibilität, zunächst für diejenigen, die sich mit geringstem materiellem Wohlstand zufriedengeben. Für eine weitergehende Befreiung der Arbeit muss aber auch der Charakter der Erwerbsarbeit, die nach wie vor für die allermeisten Menschen eine zentrale Rolle spielen wird, verändert werden können. Um Kontrakte auf Augenhöhe eingehen zu können für eine Erwerbstätigkeit, die in sozialer, ökologischer, zeitlicher Hinsicht als authentisch (als Einheit von Denken, Fühlen und Handeln) empfunden

werden kann, ist auch jenseits des Sicherheitsnetzes für den Fall von Nichterwerbsarbeit (das ALG II) ein Grundeinkommen als ständige Normalität für alle notwendig. Es ermöglicht die Befreiung von entfremdeter Arbeit, senkt aber aufgrund größerer gefühlter Gleichheit (jede und jeder bekommt es) den Teil des Konsums, der rein aus Status- und Kompensationsgründen getätigt wird. Ein BGE drängt die sozialen Gründe für die Obszönität (Marcuse) der ressourcenintensiven „imperialen Lebensweise“ (Ulrich Brand) zurück.

- 8) Wir werden ein solches allgemeines BGE aber so schnell nicht bekommen, da es eine große Transformation darstellt: Es ändert fundamental den Charakter von Erwerbsarbeit, das Verhältnis von Erwerbsarbeit zu nicht-monetärer Arbeit, die Kapitalmacht würde reduziert etc. Zu groß ist auch der Finanzierungssprung, würde er in einem Satz vollzogen: Ein BGE in existenzsichernder Höhe von etwa 1000 € bedeutet eine Erhöhung der Staatsquote (wenn wir andere commons nicht gleichzeitig abschaffen wollen) um etwa ein Viertel, wenn auch in libertärer Weise. Welche politischen Forderungen aber können die Grundidee einer Dualstruktur von Einkommen, welches das Primat der Gleichung „Geld gegen Leistung (es sei denn du kannst nicht anders..)“ bricht, dennoch befördern? Es geht um die Einführung von Zahlungen, die jeder Bürger als Bürgerrecht bekommt bzw. jeder Bewohner als Bewohnerrecht. Auch dafür gibt es die Idee, die europäische Ebene in die konkrete Utopie einzubeziehen, vorgeschlagen von DIEM 25: Eine Universal Basic Dividend, ein langsam wachsendes partielles Grundeinkommen für alle Europäer*innen: Es speist sich aus den Gewinnen eines (ebenfalls wachsenden) öffentlichen Kapitalstocks aus Beteiligungen an Firmen. Dazu kommen Abgaben aus Nutzungsrechten (geistiges Eigentum, natürliche Ressourcen).
- 9) Kernproponenten einer postproduktivistischen Politik zur Stützung guten Lebens sind, (um mit Marcuse zu sprechen) neu-sensibilisierte Teile der Bevölkerung (Kreative, Künstler*innen, Postwachstums- und Achtsamkeitsszene, universalistisch orientierte soziale Bewegungen). Sie müssen allerdings Koalitionen suchen mit „Normalos“, die keinen Zugang finden werden zu avantgardistischen Lebensstilen ökokorrektester Mikro-Milieus und diese in einer pluralen, durch Milieukonstitutionen und -distinktionen sozial-kulturell strukturierte Moderne auch nicht übernehmen werden (können).
Für politische Mehrheiten sind daher Bündnisse und ein „atmendes Verhältnis“ (siehe LiFo-Thesen) zu suchen mit denen, die andere Lebensstile pflegen, aber auch unter mangelnder Work-Life-Balance, psychischem Stress, Anforderungs- und Beschleunigungsdruck etc. leiden. Auch für sie sind Postwachstumsideen potentiell attraktiv, allerdings ohne eine Festlegung auf eine bestimmte Kultur der Subsistenz (etwa das urbane Gärtnern) und der extensiven Partizipation (wir besprechen alles in unserer Gemeinschaft): Wenn etwa schlicht die Erwerbsarbeitszeit verkürzt werden kann zugunsten von Zeitwohlstand ohne ansonsten die arbeits- und lebenskulturellen Grundorientierungen ändern zu müssen. Es gibt verschiedene (Work-)lifestyles of Degrowth, Soll die Degrowth-Bewegung nicht nur subkulturelle Nische bleiben, sondern politisch mit Postwachstumspolitik Einfluss nehmen auf die Rahmenbedingungen ihrer eigenen Verbreitung und Verallgemeinerung, muss sie den „offenen Diskurs“ (siehe LiFo-Thesen) suchen nicht nur mit den technikorientierten grünen Modernisierern, sondern auch den sensitiveren Teilen der Arbeitnehmerschaft, der Liberalen und der Konservativen.

The many shades of commons und warum es ohne einen Kältestrom in der linken Theorie nicht geht

Lieber Ulrich,

vielen Dank für die wunderbare Überleitung des Begriffs der neuen Sensibilität von Herbert Marcuse zu den zentralen und aktuellen Themen der Postwachstumspolitiken! Das ist dir viel schöner gelungen als es in den Thesen steht!

An zwei Stellen gibt es trotz aller Gemeinsamkeit denn doch auch deutliche Unterschiede, auch zu Marcuse. Hoffentlich richtig interpretiert, könnte dein Vorschlag auf eine weitgehend marktförmige und möglicherweise komplett kapitalistische Grundstruktur der Gesellschaft hinauslaufen (These 5, erster wie identisch auch letzter Satz): „Die Ausdehnung (der Grad) des Kapitalismus wäre den Subjekten unterworfen, wenn durch ein BGE Kontrakte auf Augenhöhe eingegangen werden könnten.“ Die Gastlichkeit des Umfeldes, die du so schön betonst, wird aber nur begrenzt durch ein bedingungsloses Einkommen bestimmt. Sie bestimmt sich genauso deutlich durch die objektiven Möglichkeiten zur Reproduktion. Und Reproduktion bedeutet Lernen, Ausbildung, Studium, Wiederherstellung der Gesundheit, Pflege. Ein bedingungsloses Einkommen ohne die Existenz dieser objektiven Möglichkeiten bliebe schnell geschöpfte Kaufkraft, nicht ausgeübte und erfahrene Gastlichkeit. Nur wenn wesentliche Bereiche der Reproduktion grundlegend der kapitalistischen Logik entzogen werden bzw. wenn sie ihr entzogen bleiben, gebe es eine Basis für freie Individualisierung. Diese Bereiche können auch nicht den individuellen Präferenzen der Einzelnen (These 4) in die Hände zu gelegt werden: das zeigt schon die Wirksamkeit der Rauchverbote und die Unwirksamkeit der Gesundheitsaufklärung. Aber auch, dass Inhalte der Schulausbildung nicht marktförmig einkaufbar sein und dass ökonomische Aspekte in der Gesundheitsversorgung sekundär bleiben sollten, dass sich insgesamt Sorgearbeit und marktförmige Produktion nicht vertragen.

Der Begriff der Commons (deine These 5) umfasst insofern nicht nur Produktion in „zeitintensiven basisdemokratischen Selbstverwaltungen“, er umfasst als versuchsweise Definition mindestens 5 Schichten der gesellschaftlichen Reproduktion:

als „minima moralia“, dass niemand verhungern sollte;

als Chancengleichheits-Common, dass jeder unabhängig von seinen Talenten und seiner quasi biologischen Konstitution gleiche Start- und Zielbedingungen bekommen sollte (im Kindergarten, in der Schule, als Möglichkeit zur öffentlichen politischen Information, bei der Wiederherstellung der Gesundheit, in der Pflege und bei der Rente - hier würde auch das bedingungslose Einkommen zugehören, allerdings als systematischer Bruch: denn es fungiert als Geld und nicht als fertiges Produkt bzw. gemeinschaftliche Produktion);

als Naturrechts-Common, dass die technologische Entwicklung überall dort, wo eine solche Produktion möglich ist, so allgemein (räumlich und zeitlich) erfolgen sollte, dass die private Aneignung des Produkts unmöglich wird (wie bei Sprache, sozialen Verhaltensweisen, Wissen usw. es schon Realität ist, dann aber auch bei Straßen, vielleicht auch einmal bei Elektrizität, Wohnen, Mobilität usw. betreffen sollte);

als Wiederherstellungs-Common, dass keine Generation der anderen weniger Möglichkeit hinterlassen sollte als sie selber hatte

als Gegenseitigkeits-Common, dass keine Person aufgrund ihrer Besonderheit in dem jeweiligen Umgang mit einer anderen Person weniger Zuwendung oder mehr Fremdbestimmung erfahren sollte als die mit ihr interagierende (das dürfte dem entsprechen, was du mit Interaktion auf Augenhöhe meinst).

Mit einer weitgehend marktförmigen Ökonomie werden diese Commons nicht in Einklang zu

bringen sein, ihre Inhalte sind weder handel- noch verhandelbar.

Die andere Stelle, wo es Unterschiede gibt, ist die „Wahl“ des Standpunktes. Marcuse erkannte in der Triebkraft des Empfindens von Obszönität eine treibende Kraft zur politischen Intervention und sah das vitalste Bedürfnis nach Änderung bei den schwarzen Bewohnern der Gettos bzw. in den Verelendeten der sogenannten „dritten“ Welt. Horst Kahrs hat in seinem Kommentar darauf aufmerksam gemacht, dass heute ein diffuses Unbehagen an die Stelle des Empfindens von Obszönität getreten ist und es ist hoffentlich in der Debatte deutlich geworden, dass sich dieses Empfinden doppelt darstellt – als (bei aller Sympathie) politisch eher schwache und mehr und mehr schwächelnde Intervention von Wachstumskritikern und als Ab- und Ausgrenzung der Migranten durch wesentliche Teile der Bevölkerung. In den LiFo Thesen wird demgegenüber bewusst der Standpunkt der Migration (nicht der Standpunkt der Migranten!) vertreten, weil sie die Krise der Kapitalakkumulation erfahren und erfahrbar werden lassen -selbst für Menschen, die in Deutschland leben und arbeiten -, und weil sie die materiellen nicht mehr nationalen Grundlagen der Kapitalakkumulation zum Ausdruck bringen. Linke Theorie und Intervention ist ohne analytischen „Kältestrom“, der Hoffnungen wie erfahrene Demütigung und Herabsetzung einigermaßen kühl bewertet, nicht vollständig. Denn Hoffnungen, wie du sie in deinen Thesen so gut und schön entwickelst, müssen realistisch sein, die ökonomische Entwicklung widerspiegeln, sich auf die Erfahrungen der Menschen beziehen und in ihrer programmatischen Umsetzung ein Maximum an Freiheit anstreben (gerade für die durch die politische Intervention maximal erreichbare Gruppe der Unterdrückten). Vom Standpunkt der Migration ist es unklar, ob 1000,- € bedingungsloses Einkommen (deine These 8) oder besser eher noch mehr diesen Prinzipien, speziell dem letzteren folgt. Er scheint eher einem gedanklichen Wärmestrom von Intellektuellen und Alternativen aus Deutschland zu entsprechen. Vom Standpunkt der Migration scheinen eher folgende Fragen auf der Tagesordnung zu stehen: warum ist ein deutscher Staatsbürger das Niveau von ALG II wert, ein griechischer, bulgarischer, lettischer, polnischer, spanischer, italienischer Staatsbürger aber nicht, wenn er aus dem dortigen ALG I Bezug fällt? Dies wäre eine Debatte, die mit der „Arbeiterklasse“ in Deutschland zu führen ist. Warum muss ein rumänischer Staatsbürger unbedingt eine sozialversicherungspflichtige Arbeit in Deutschland bekommen, um eine chronische Krankheit gleich vernünftig behandelt zu bekommen wie ein deutscher Staatsbürger? Dir sind solche Gedanken fern, das ist klar, aber nur der Standpunkt der Migration bewahrt vor ungewolltem Chauvinismus. Und die realistische Analyse davor, an der Realität politischer und ökonomischer Grenzen zu scheitern, wobei diese Aussage ausdrücklich nicht auf dich und deine Thesen „gemünzt“ sein soll.